Kaserne 1/68 herauszuziehenden Bauführer soll auch der Umbau mit unterstellt werden. Der Berichterstatter erklärte noch, daß der Entwurf eine sehr glückliche und sichere Lösung für die Kasernenfrage darstelle. Namens der Linken erklärte er, daß diese Vorlage für neuanzustellende Beamte keine Rückwirkung werde bewilligen werde. Diese sollten so im Gehalt gestellt werden, daß sie die Wohnung mit bestreiten könnten. Herr Bürgermeister Dr. Scheider wies darauf hin, daß die Spar- und Girokasse einen solchen Aufschwung genommen habe, daß wir mit den jetzigen Geschäftsräumen nicht mehr auskommen könnten, ohne die Entwickelung der Kasse zu hemmen. Er beschrieb sodann im Einzelnen die Anordnung der Räume, woraus hervorging, daß auch eine Zentralheizung noch vorgesehen ist. Wenn der Umbau durchgeführt sei, würden wir über eine allen modernen Anforderungen entsprechende Anlage verfügen. Redner hob die Aufgaben der Sparkassen hervor, die keine Konkurrenzinstitute der Banken sein sollten, sondern dem Bedürfnisse der großen Masse dienen sollen, die sich nicht des Bankverkehrs bedienen könne. Der Umbau soll aus Mitteln der Sparkasse ausgeführt werden. Eine Reihe von Jahren hindurch werde allerdings ein erheblicher Betrag abgeschrieben werden müssen, bis das Gebäude auf einen Wert gebracht worden sei, von dem angenommen werden könne, daß er ein dauernder sei. Nachdem noch Herr Stadtv. Louis Schneider im zustimmenden Sinne zur Vorlage sich geäußert hatte, wurde diese einstimmig angenommen.

6. Vorrichtung des alten Brauereiwohnhauses. (Berichterstatter Herr Stadtv. Langenfeldt.) Zur Unterbringung einer Wohnung für den Heizer der Zentralheizung im Rathaus und einiger Geschäftsräume für den Verbandsregistor und den Ratspolizeiher, soll das alte Brauereiwohnhaus wieder vorgerichtet werden. Die Kosten belaufen sich auf 5000 Mk., die aus dem Rücklagefonds des Rittergutes entnommen werden sollen. Das Kollegium stimmte der Ratsvorlage zu, ebenso einem Antrage Netzer, der dahin geht, durch den Bauausschuß Erörterungen darüber anstellen zu lassen, ob sich in dem Brauereiwohnhaus nicht noch eine weitere Wohnung beschaffen läßt.

7. Verschiedenes. Herr Stadtv. Illgen erklärt, daß die von ihm getane Aeußerung, daß in der Goethestraße von einer Familie zwei Wohnungen bewohnt würden, nicht zutreffe. Die Sache liege so, daß zwei Wohnungen von drei Familien bewohnt würden. — Herr Stadtv. M. Schneider macht erneut darauf aufmerksam, daß man die Kaserne 2/68 noch immer nach 11 Uhr abends erleuchtet sehen könne. Herr Bürgermeister Dr. Scheider erklärt, daß Abhilfe bereits zugesagt sei; er wolle die Angelegenheit noch einmal weiter verfolgen. — Herr Stadtv. Fiedler bemerkt, daß infolge der Gassperre die zweite Schicht, die von 2 Uhr nachm. bis 10 Uhr abends arbeite, kein Gas mehr habe, um sich das Essen zuzubereiten. Herr Bürgermeister Dr. Scheider will die Sache prüfen lassen. Es werde sich aber wohl keine Sperrzeit finden lassen, die nicht irgend jemand zu Klagen Anlaß gebe. Würden die Sperrstunden nicht eingeführt, dann würden wir eines Tages gar kein Gas haben. — Herr Vorsteher Schönfuß bringt die Frage der Gewährung einer Aufwandsentschädigung an die Stadtverordneten zur Sprache. Seine Freunde büßten durch die Teilnahme an den Sitzungen der Ausschüsse und des Kollegiums an Arbeitslohn ein. Anderwärts sei man auch bereits dazu übergegangen, etwas zu schaffen. Der Rat habe sich bereit erklärt, Unterlagen zu beschaffen. Herr Stadtv. Netzer erklärte, daß seine Freunde noch nicht Stellung zu dieser Frage genommen hätten. Es empfehle sich die Bildung einer Kommission, die zugleich auch eine Revision der Geschäftsordnung mit vorbereiten könne. Herr Bürgermeister Dr. Scheider wies darauf hin, daß das Gesetz die Regelung dieser Frage durch Ortsgesetz vorschreibe. Die Sache sei sehr heikel, denn es müsse verhindert werden, daß das Ansehen dieses Ehrenamtes geschädigt werde. Es sei deshalb ratsam, eine Umfrage darüber vorzunehmen, wie die Sache anderswo geregelt sei.

Schluß der Sitzung 7 Uhr.

—* Lebensmittelverteilung. Vom 12. lfd. Mts. ab kommen laut Bekanntmachung in vorliegender Nummer auf Abschnitt 91 der grauen und gelben Nährmittelkarte Haferflocken, Weizengrieß, Kartoffelsuppe mit Weißkohl oder Möhren und Rote Grütze, auf den Abschnitt 91 der grünen und roten Nährmittelkarte Buchweizengrütze und auf Abschnitt 83 der gelben Warenbezugskarte Kunsthonig zur Verteilung.

—* Festgenommen wurde hier ein schwerer Wohnungseinbrecher aus Leipzig, der mehrfach mit Zuchthaus und zuletzt mit 10 Jahren Ehrenrechtsverlust vorbestraft ist. Weiter sind zwei weitere Personen festgenommen worden, die das in der Nacht zum 4. dis. Mts. gestohlene Pferd anderwärts veräußert hatten. Das fragliche Tier konnte dem Truppenteil wieder zugestellt werden. Hierbei sind noch verschiedene andere Personen ermittelt worden, die den Pferdediebstahl vermittelt und begünstigt bezw. ausgeführt haben. Ermittelt und festgenommen wurde ferner eine stellungslose Dienstmagd aus Dresden, die in einer hiesigen Gastwirtschaft einen raffinierten Diebstahl ausgeführt hat. Am 12. August d. J. hatte sich eine unbekannte Mannesperson, die sich fälschlicherweise Heine genannt hat, in einem hiesigen Gasthofe eingemietet und unter Mitnahme der Bettwäsche stillschweigend wieder entfernt. In dem angeblichen H. ist nachträglich der Fleischergehilfe G. A. T. aus Staßa bei Großenhain ermittelt und festgenommen. Von der hiesigen Polizei wurden weiter ein junger Bursche und eine Anzahl Schulknaben ermittelt, die seit längerer Zeit fortgesetzt am hiesigen Elbkai Eisenbahnwagen erbrochen und beraubt haben. In einem Falle haben einige der Täter einen Reisekorb mit Kleidungsstücken beraubt, die seitens des Bestohlenen mit mehreren Tausend Mark bewertet worden sind. Von den gestohlenen Kleidungsstücken ist ein größerer Teil wieder erlangt worden. Es hat übrigens den Anschein, als wenn die Beschuldigten teilweise seitens ihrer Angehörigen zu den Raubzügen angestiftet worden wären. — In der Nacht zum 9. d. Mts. gegen 2 Uhr haben zwei Männer, etwa 30 Jahre alt, 1,60 bis 1,65 groß, die mit hellen Anzügen und Schuhen mit Gummisohlen bekleidet gewesen sind, in die Geschäfte von Oertel und Germers Nachf. Einbrüche zu verüben versucht. In beiden Fällen aber ist es beim Versuch geblieben. Etwaige sachdienliche Wahrnehmungen, die zur Ergreifung der Täter beitragen können, wolle man zur Kenntnis der Polizei bringen.

—* Vom Städtebund-Theater (Künstlerische Leitung: Hermann Rudolph) wird uns geschrieben: Da die erste Vorstellung des Städtebund-Theaters in Riesa am 4. Septbr. gut angesprochen hat, wird am Sonnabend, den 13. Septbr. im Hotel Höpfner das große moderne Schauspiel Ibsen's „Ein Volksfeind" zur Aufführung kommen. Allgemeinverständlich dürfte dieses stärkste Werk des berühmten Dichters wohl eine große Wirkung ausüben, zumal die Hauptrollen in den besten Händen sind und außerdem Herr Professor Adolf Winds aus Leipzig, einer der bekanntesten Schauspieler Deutschlands, den Bürgermeister Stockmann als Gast spielen wird. Herr Direktor Hermann Rudolph spielt den Doktor Stockmann. Auch die übrigen Rollen sind in den besten Händen.

—* Zum Besten der Königin-Carola-Gedächtnisstiftung hat das Sächsische Ministerium auch in diesem Jahre wieder die Ausspielung einer Geldlotterie genehmigt. Die Stiftung bedarf, um der Erfüllung ihres mohltätigen Zweckes gerecht werden zu können, großer Mittel, die zum Teil durch diese Geldlotterie aufgebracht werden sollen. Die Lotterie wird vom „Invalidendank für Sachsen" in Dresden verwaltet. Die Lose, welche sich des [illegible] Zuspruches wegen großer Beliebtheit erfreuen, sind beim Haupt-Vertrieb „Invalidendank für Sachsen" in Dresden und Leipzig, sowie in allen Lotteriegeschäften zu haben.

— Hauptversammlung der evang.-nat. Arbeitervereine. Der Sächsische Landesverband evang.-nationaler Arbeitervereine hält vom 18. bis 20. Oktober in Rochlitz seine diesjährige Hauptversammlung ab. Im Festgottesdienst predigt Pastor Loesche aus Rochlitz.

—* Zur Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung von Leder und Schuhwaren. Unter dem 28. 7. d. Js. hat der Volkswirtschaftliche Ausschuß der Nationalversammlung einen Antrag angenommen, welcher die Aufhebung der Lederzwangswirtschaft fordert; demzufolge hat der Herr Reichswirtschaftsminister mittels Verordnung vom 15. 8. 19 (Deutscher Reichsanzeiger, Nr. 154 vom 15. August 1919) die Bekanntmachungen über Beschlagnahme, Meldepflicht und Höchstpreise von Rohhäuten und Fellen, sowie Leder außer Kraft gesetzt; weitere Verordnungen sind erlassen (R.G.Bl. Nr. 163). Da hierdurch der Zwangsbewirtschaftung auch für Schuhwerk usw. der Boden entzogen ist, hat sich die Reichsstelle für Schuhversorgung veranlaßt gesehen, ihrerseits auch die von ihr erlassenen Bekanntmachungen und Ausschreiben außer Kraft zu setzen, und zwar zunächst die auf die Schuhbedarfsscheinpflicht bezüglichen Anordnungen durch die Bekanntmachung vom 28. 8. 1919 (Deutscher Reichsanzeiger, Nr. 196, vom 29. August 1919 und Mitteilungen der Reichsstelle für Schuhversorgung, Jahrg. 2, Nr. 8, Seite 115); weiter eine Reihe der seinerzeit im Deutschen Reichsanzeiger publizierten Bestimmungen durch die ebenda in Nr. 197 vom 30. August 1919 zum Abdruck gelangte Bekanntmachung vom 30. August 1919 (Mitteilungen der Reichsstelle für Schuhversorgung, Jahrg. 2, Nr. 8, Seite 115); endlich alle übrigen, noch nicht anderweit außer Kraft gesetzten, mit Ausnahme der auf die Altlederbewirtschaftung bezüglichen, durch die in den Mitteilungen der Reichsstelle für Schuhversorgung, Jahrgang 2, Nr. 8, Seite 117, veröffentlichte Bekanntmachung vom 30. August 1919. Ob und inwieweit die Zwangsbewirtschaftung auch von Altschuhwerk usw. aufgehoben werden kann, ist noch Gegenstand eingehender Erwägungen. Die endgültige Entscheidung über diese Frage ist in Kürze zu erwarten.

—* Die Landesversammlung der sozialdemokratischen Partei Sachsens, für die eine Reihe von Anträgen vorliegt, findet am 14. und 15. September im Volkshause zu Dresden statt. Die Parteigenossen von Dresden-Altstadt, Bautzen und Schwarzenberg fordern eine Einigung mit den Unabhängigen. Von den Parteigenossen von Riesa liegt der Antrag vor, die Volkskammerfraktion zu ersuchen, dahin zu wirken, daß der über Sachsen verhängte Belagerungszustand sofort aufgehoben wird. Dieselbe Forderung wird auch von Schwarzenberg gestellt, auch wünschen die Schwarzenberger Parteigenossen die Beseitigung der Schutzhaft politischer Verdächtiger sowie die Vorlegung eines Entwurfes über die Tätigkeit und Entschädigung der Arbeiterräte. Die Parteigenossen von Dresden-A. beantragen, daß die Frage der Jugendbewegung auf die Tagesordnung gesetzt wird. Von den Parteigenossen von Gröba wird gewünscht, den Landesvorstand zu beauftragen, eine Zentralstelle einzurichten, die die Wirkungen der Regierungsverordnungen in der Bevölkerung beobachtet und Material für alle Maßnahmen der Regierung sammelt. Weitere Anträge betr. die Herausgabe von Flugblättern politischen Inhalts, die Dezentralisierung der Parteipresse, die Beseitigung der Doppelmandate, die Schaffung eines Uebergangsgesetzes bis zur Verstaatlichung des Bodens, um eine weitere Verteuerung des Bodens unmöglich zu machen, die Stellung der Gemeindevertreter zu den Einwohnerwehren, die Fragen des Jugendschutzes, des Lehrlingswesens, des Bildungswesens usw.

— Die Elbschiffahrt. Im „Leips. Tagebl." lesen wir: Die Hoffnung, daß eine weitere Belebung der Zufuhren nach Hamburg erfolgen würde, hat sich, wie die Firma Blothner & Grafe mitteilt, erfüllt. Neben den Lebensmittel-Dampfern der Entente von Nord-Amerika, sind besonders von La Plata größere Ladungen in Hamburg eingetroffen. Auch aus neutralen Häfen haben sich die Zufuhren vermehrt, in der Hauptsache kam von Norwegen die Einfuhr von Fischen, während von dänischen und holländischen Häfen Kaffee, Kakao und andere Kolonialwaren eingeführt wurden. Selbst zwei Dampfer mit amerikanischer Baumwolle trafen in den letzten Wochen ein, von denen der eine für die Tschecho-Slowakei bestimmt war, während der zweite Dampfer durch das Reich übernommen und die Ladung an die Spinnereien zur Verteilung kommt. Ein weiterer Baumwolldampfer mit 20000 Ballen an Bord befindet sich zurzeit auf dem Wege nach Hamburg. Ferner sind in nächster Zeit auf Hamburg schwimmend zahlreiche Dampfer gemeldet, darunter besonders von den nordamerikanischen Häfen, aber auch in Spanien, Griechenland und Italien sollen Schiffe für unseren Hafen in Ladung liegen, sodaß der Hafenverkehr in den nächsten Monaten recht rege zu werden verspricht. Auf ein Zurückgehen der Flußfracht dürfte wohl kaum zu rechnen sein.

—* Ein großes Elektrizitätswerk an der Elbe in Böhmen. Die Kommission für die Kanalisierung des Moldau- und Elbeflusses in Böhmen hat das Projekt der mit einer Elektrizitätsanlage verbundenen Schiffahrtsstaustufe Nr. XI im Elbflusse bei Schreckenstein zur wasserrechtlichen Verhandlung vorgelegt. Das Projekt enthält folgende Hauptbestandteile: Das Wehr im Elbfluß zwischen Wannow und Schreckenstein, die Schiffahrtsschleuse und der Schiffahrtskanal am rechten Ufer, die Schleuse am linken Ufer, die elektrische Zentrale in Wannow, den Fischpaß und den Umschlagsplatz oberhalb Wannow.

—* Felddiebstähle werden auf Grund des Belagerungszustandes bestraft. Wie die Sächsische Reichswehrbefehlsstelle mitteilt, hat der Militärbefehlshaber für Sachsen, um der Gefährdung der Ernte und der Volksernährung durch die ständige Zunahme der Felddiebstähle ein Ende zu machen, in einer Verfügung auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand folgendes bestimmt: Wer unberechtigt Feld- oder Gartenfrüchte, Obst oder andere Bodenerzeugnisse von Feldern, Gärten, Obstanlagen, Plätzen, Wegen und Orten ähnlicher Art wegnimmt, wer an einer Zusammenrottung teilnimmt, bei der eine Handlung dieser Art mit vereinten Kräften begangen wird und wer zur Begehung einer der vorgenannten Handlungen auffordert oder anreizt, wird, wenn die allgemeinen Strafgesetze keine höheren Strafen androhen, auf Grund von § 9b des Belagerungszustandgesetzes mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit Haft oder Geldstrafe bestraft.

—* Nochmals die Chemnitzer Vorgänge. Nach Blättermeldungen sollen während der Unruhen in Chemnitz furchtbare Grausamkeiten an Soldaten verübt worden sein. Von amtlicher Seite ist festgestellt worden, daß allerdings Grausamkeiten verübt worden sind, die Nachrichten darüber sind im allgemeinen jedoch übertrieben. Es wird durchaus kein Vertuschungssystem geübt, sondern die Untersuchung wird streng und eifrig betrieben. Bisher sind 40 Personen wegen Plünderung, Mißhandlung usw. verhaftet worden. Die Regierung wird in Kürze eine Darstellung der Vorfälle veröffentlichen.

—* Die sächsischen Reichswehrtruppenteile. Der Freistaat Sachsen wird in Zukunft zwei Reichswehrbrigaden Nr. 12 und 19 erhalten, wozu die bisherigen beiden Grenzjägerbrigaden umgebildet werden. Voraussichtlich wird Sachsen auch ein Kavallerieregiment bekommen. Die Unterbringung der Reichswehrtruppenteile in Sachsen wird hauptsächlich in den früheren Garnisonstädten erfolgen; eine endgültige Festsetzung ist jedoch noch nicht getroffen.

—* Weitere Erhöhung der Drucksachenpreise. Den Buchdruckereibesitzern ist seitens des Tarifausschusses nach den Verhandlungen vom 22. bis 26. August d. J. eine weitere Teuerungszulage gewährt worden, die ab 1. Oktober d. J. in Kraft tritt und je nach den Verhältnissen des Betriebes 6, 8, 10 und 12 Mark wöchentlich beträgt. Buchdruckereibesitzer erhalten auf verschiedene Sätze noch einen Aufschlag von 25 Prozent. Infolge dieser durch die gegenwärtige wirtschaftliche Lage hervorgerufenen abermaligen Mehrbelastung sind die Buchdruckereien leider gezwungen, auch ihrerseits vom 1. Oktober d. J. ab die Preise für alle Arten Druckarbeiten wiederum zu erhöhen. Diese Erhöhung ist auf 80 Prozent der Friedenspreise des Deutschen Buchdruck-Preistarifs festgesetzt worden. Die bisherigen Drucksachenpreise erfahren hierdurch eine Erhöhung, die für alle Orte Deutschlands ausschließlich Berlin 8½ Prozent, für Berlin selbst 14 Prozent beträgt. Auch diese Preiserhöhung ist, gleichwie die seitherigen, in den engsten Grenzen gehalten und wird bei den Auftraggebern des Buchdruckgewerbes auch allseitiges Entgegenkommen erwarten dürfen.

—* Die Bautätigkeit in Sachsen im Juli 1919. Nach Mitteilung des Statistischen Landesamts wurden im Monat Juli in Sachsen für Neubauten mit Wohnungen 107 Baugenehmigungen (gegen 102 im Juni) erteilt und zwar in den Kreishauptmannschaften Bautzen 5, Chemnitz 27, Dresden 50, Leipzig 14 und Zwickau 11. Diese 107 Neubauten, von denen 97 auf neuer Baustelle (als Not- und Behelfsbauten keine) errichtet werden, sollen insgesamt 482 Wohnungen enthalten. Außerdem wurden 88 Baugenehmigungen (gegen 79 im Juni) für Um-, An- oder Ausbauten mit zusammen 118 Wohnungen erteilt, von denen 21 Not- und Behelfsbauten mit 30 Wohnungen sein werden. Ausgeführt wurden 28 Neubauten mit 63 Wohnungen. Durch ausgeführte Um-, An- oder Ausbauten wurden 68 Wohnungen (darunter 26 in Not- und Behelfsbauten) gewonnen. An Gebäudeabgängen waren 8 Häuser, darunter 2 Wohnhäuser mit insgesamt 20 Wohnungen zu verzeichnen.

—* Unstimmigkeiten zwischen den Leipziger Unabhängigen. In einem Artikel der „Leipziger Volkszeitung" vom Montag, den 8. September, setzt sich der bekannte Führer der Unabhängigen, Redakteur Liebmann, mit seinem radikaleren Gesinnungsgenossen über „Die Diktatur der Minderheit" auseinander. Der Artikel ist insofern bemerkenswert, als er die eingeweihten Kreisen bekannte Kluft zwischen den Leipziger unabhängigen Parteiführern öffentlich sichtbar macht. Liebmann macht Dr. Geyer den Vorwurf, daß er kommunistischer als die Kommunisten und russischer als die Russen sei, da er offen die Diktatur der Minderheit verlange. Liebmann lehnt diese „blankistische Putschtaktik" ab. Er hofft, für die Unabhängige Sozialdemokratie die große Masse der Arbeiterschaft durch Agitation zu gewinnen und ihr auf diese Weise die Mehrheit des Volkes zu sichern.

—* Ein Protest der Presse. Der Bezirksverein Dresden im Landesverbande der Sächsischen Presse hielt am Montag eine starkbesuchte Mitgliederversammlung ab, in der zunächst die Behandlung der Presse durch die Regierung beim Besuche des Reichspräsidenten und des Reichswehrministers in Dresden besprochen wurde. Man war sich einig in der Verurteilung dieser Behandlung und nahm einstimmig folgende Entschließung an: Der Bezirksverein Dresden im Landesverbande der Sächsischen Presse erblickt in dem Ausschlusse der Presse bei dem Besuche des Reichspräsidenten und des Reichswehrministers in Dresden eine so schwere Brüskierung der Presse, wie sie von dem neuen Regime nicht erwartet werden konnte. Sie protestiert auch auf das Entschiedenste gegen diese — man findet keinen anderen Ausdruck — geringschätzige Behandlung der Presse, die ganz im Gegensatz zu den Versicherungen der Wertschätzung steht, die bisher abgegeben worden sind. Die Presse müsse es unbedingt ablehnen, offizielle Waschzettel zu verbreiten, wie sie früher nicht zum Nutzen der Gesamtheit vertrieben worden sind. Das ist eine Verkennung der Aufgaben und der Stellung der Pressevertreter und der Presse überhaupt, wie sie in einer Regierung nicht herrschen dürfte. Der Bezirksverein erwartet, daß dieser Vorfall ein Ausnahmefall für alle Zeit bleiben wird und ist fest entschlossen, im Wiederholungsfalle die nötigen Konsequenzen zu ziehen. — Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurden Tarifragen erörtert und es wurde der Schlichtungsausschuß für Tarifangelegenheiten im Bezirke der Kreishauptmannschaft Dresden gewählt. Zum Schlusse wurde nach kurzer Aussprache folgende Entschließung einstimmig angenommen: Der Bezirksverein Dresden der Sächsischen Presse, der politisch völlig neutral ist, erhebt schärfstens Einspruch gegen die in letzter Zeit wiederholt erfolgten Unterdrückungen von Tageszeitungen der verschiedensten Richtungen, die im klaren, unbestreitbaren Widerspruch der Reichsverfassung geschehen sind. Der Bezirksverein erwartet von der Reichs- und der sächsischen Regierung, die so oft behauptet haben, die Pressefreiheit schützen zu wollen und die dazu in Durchführung der Reichsverfassung verpflichtet sind, daß sie die betreffenden Verbote sofort wieder aufheben und Anordnungen treffen, daß sich derartige Maßnahmen nicht wiederholen.

Bautzen. Wegen Verheimlichung von Kartoffeln usw. hatte der Gutsbesitzer Georg Zimmermann in Crostwitz vom Schöffengericht Kamenz Geldstrafen in Höhe von 2100 Mk. erhalten. Hiergegen hatte er Berufung eingelegt, worauf das Landgericht Bautzen die Strafen wegen der Verheimlichung von Kartoffeln auf 4000 Mark, wegen Beiseiteschaffung von Getreide auf 750 Mark und wegen unrichtiger Viehangabe auf 250 Mark erhöhte. Seitens des Staatsanwalts war eine längere Gefängnisstrafe beantragt worden.

* Mittweida. Als ein Gendarmeriebeamter im Ortsteil Neudörfchen einen noch nicht 17jährigen Burschen wegen Einbruchsdiebstahls in seiner Wohnung verhaften wollte, setzte dieser seiner Festnahme heftigen Widerstand entgegen und ging mit einem Messer auf den Beamten los. Es gelang ihm zu entkommen, am anderen Tage jedoch konnte der Spitzbube und mit ihm ein gleichaltriger Diebesgenosse festgenommen werden. Beide haben in Dörfern der Umgebung viele Einbrüche verübt.

* Glauchau. Im benachbarten Gesau wurde nachts einem Händler aus dem Keller über ein Zentner Butter gestohlen. Von dem Täter fehlt jede Spur.

Oelsnitz i. V. Infolge Brandstiftung ist im nahen Nirpersdorf vom Hertelschen Bauerngute die Scheune mit sämtlichen Erntevorräten, sowie ein Stall- und Schuppengebäude eingeäschert worden. Auch ein wertvolles Pferd ist mit verbrannt. Hertel hatte nur gering versichert.

* Leipzig. Die Arbeitslosigkeit ist hier seit einigen Monaten in stetem Rückgehen begriffen. Die jetzt amtlich festgestellten Zahlen zu Beginn dieses Monats waren 16026 männliche, 4776 weibliche Erwerbslose, zusammen also 20802. Anfang Juli war diese Zahl noch um 2000 höher, im März d. J. gar um 14000.

* Leipzig. Die Streikleitung hat sich, da die Buchhändler ihre Betriebe geschlossen halten, erneut an den Demobilmachungskommissar gewendet und ihn ersucht, von einer Machtbefugnis mit Hilfe der Regierung Gebrauch zu machen. Die Buchhandlungsangestellten wollen sonst die Arbeitslosenunterstützung in Anspruch nehmen.

SLUB
Wir führen Wissen.